



Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen

LANDTAG
30. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 30/10
5. Dezember 2025

Thema: Kein Einsatz von Tasern (Elektroschockpistolen) am Bremer Hauptbahnhof

Beschlussvorschlag der Fraktion: LVPE Bremen e.V.

Das 30. Bremer Behindertenparlament möge beschließen:

Seit kurzem darf die Bundespolizei am Bremer Hauptbahnhof Taser (Elektroschockpistolen) einsetzen. Die Einführung erfolgte fast wortlos. Nicht einmal eine offizielle Pressemitteilung lässt sich dazu finden. Das 30. Bremer Behindertenparlament spricht sich deutlich gegen den Einsatz von Tasern am Bremer Hauptbahnhof durch die Bundespolizei und eine weitere Einführung von Tasern bei der Landes- und Bereitschaftspolizei in Bremen und über die Stadtgrenzen hinaus aus. Stattdessen soll die Polizei besser in Deeskalation, Gesprächsführung und psychologischem Umgang mit Menschen in Krisen geschult werden.

Begründung:

1. Taser sind gefährlich

Taser geben starke Elektroschocks ab. Sie verursachen extremen Schmerz und können schwere gesundheitliche Schäden verursachen – besonders bei Menschen mit Herz-Kreislauf oder Atemproblemen. Auch bei Drogen-konsumierenden Menschen oder Menschen in psychischen Ausnahmesituationen sind der Einsatz von Tasern sehr gefährlich.

Deutschlandweit sind seit 2018 bereits 14 Todesfälle nach Taser-Einsätzen bekannt geworden. In vielen Fällen handelte es sich um Menschen mit psychischen Problemen oder in seelischer Not.

2. Tasereinsatz nimmt zu

Früher durften Taser nur von Spezialeinheiten der Polizei (Sondereinsatzkommando oder das Mobile Einsatzkommando) benutzt werden. Seit mehreren Jahren werden Pilotprojekte und Testphasen zur Erprobung des Tasers eingeführt, wie jetzt am Bremer Hauptbahnhof. Insgesamt lässt sich eine schleichende Einführung des Tasers deutschlandweit feststellen, die wir ablehnen.

3. Risiko am Bremer Hauptbahnhof

Die Erprobung des Tasers am Bremer Hauptbahnhof ist besonders problematisch, weil sich dort viele wohnungslose, psychisch belastete und Drogen-konsumierende Menschen aufhalten. Diese besonders verletzlichen Menschen müssen geschützt werden und nicht dem Risiko eines besonders großen Schadens bis hin zum Tod ausgesetzt werden.

4. Taser verhindern keine Gewalt

Befürworter*innen sagen, Taser könnten gefährliche Situationen entschärfen, alleine die Androhung des Tasers reicht und sie sind nicht so lebensgefährlich wie Pistolen.

Doch Taser können Situationen weiter eskalieren – durch Schockwirkung, Angst oder technische Fehler. Auch lässt sich befürchten, da Taser als angeblich milderes Mittel zählen, sie häufiger zum Einsatz kommen. Die Tatsache, dass Menschen per Knopfdruck gefügig gemacht werden können, anstatt auf Kommunikation und Geduld zu setzen lehnen wir ab.

5. Polizei braucht andere Mittel

Viele gefährliche Situationen mit der Polizei entstehen, wenn Menschen in psychischen Krisen sind und auf Ansprachen nicht (schnell genug) reagieren können oder wollen. Hier hilft kein Elektroschock, sondern Verständnis, Kommunikation und Zeit. Die Polizei braucht dafür Ausbildung und Unterstützung, nicht neue Waffen.

6. Forderungen:

1. Stoppt die Testphase und geplante reguläre Anwendung von Tasern am Bremer Hauptbahnhof.
2. Mehr Schulungen in Deeskalation, Kommunikation und psychologischer Gesprächsführung.
3. Unabhängige Beschwerde- und Kontrollstellen, um Polizeigewalt aufzuklären.
4. Transparente Untersuchung aller Todesfälle im Zusammenhang mit Polizeieinsätzen.

Für die Abgeordneten des 30. Behindertenparlamentes: Julia Benz

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31. März 2026 an den AK-Protest erbeten